

Jürgen Schneider

Die Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion und der DDR (1945–1990)

Eine ordnungstheoretische Analyse



Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 132.2

In Kommission bei Franz Steiner Verlag Stuttgart

Jürgen Schneider
Die Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion
und der DDR (1945–1990)

BWSG

BEITRÄGE ZUR WIRTSCHAFTS-
UND SOZIALGESCHICHTE

BAND 132.2

Herausgegeben von
Markus A. Denzel,
Jürgen Schneider,
Andrea Leonardi,
Jürgen Nautz,
Philipp R. Rössner,
Margarete Wagner-Braun

Schriftleitung:
Prof. Dr. Markus A. Denzel
Historisches Seminar
Universität Leipzig
Postfach 100920
04009 Leipzig

Redaktion:
Mechthild Isenmann
Andrea Bonoldi
Werner Scheltjens
Sabine Todt

Jürgen Schneider

Die Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion und der DDR (1945–1990)

Eine ordnungstheoretische Analyse



In Kommission bei:
Franz Steiner Verlag

Umschlagabbildung:

Das Bild auf der Titelseite zeigt eine Szene vom
Volksaufstand im Juni 1953, hier 17. Juni in Leipzig.

Quelle: Bundesarchiv, B 285 Bild-14676

Fotograf: ohne Angabe

Bibliografische Information der Deutschen

Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist
urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außer-
halb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Jürgen Schneider

In Kommission bei Franz Steiner Verlag,

Stuttgart 2017

Druck: KM-Druck, Groß-Umstadt

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem
Papier. Printed in Germany

ISBN 978-3-515-11844-6 (Print)

ISBN 978-3-515-11847-7 (E-Book)

ZWEITER TEIL

I.	Die Neustrukturierung der globalen Einflußsphären nach 1945. Gründung der beiden deutschen Teilstaaten 1949 – Integration der Bundesrepublik in die „Europäischen Gemeinschaften“ (EG). Die DDR wird Teil des „Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW)	23
1.	Staats- und Wirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion als Führungsmächte in der bi-polaren Welt nach 1945	23
2.	Das von der Sowjetunion geführte sozialistische Lager	27
2.1.	Stalins aggressive Strategie der dritten Etappe der sowjetischen Expansion	27
2.2.	Wosnessenski, N.A.: Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges (1941-1945) und globale Standortbestimmung der Sowjetunion (1947)	30
2.3.	Auszüge aus dem Drahtbericht von George F. Kennan aus Moskau vom 22. Februar 1946 und aus „Die Vereinigten Staaten und Rußland (Winter 1946)“	40
3.	Die Staats- und Wirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten von Amerika als Vorbild für die Bundesrepublik und die der Sowjetunion als Vorbild für die Deutsche Demokratische Republik	63
4.	Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik	69
4.1.	„Mit dem 23. Mai 1949 trat die Bundesrepublik Deutschland ein in die Geschichte“	69
4.2.	Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949	76
5.	Die Grundlagen der Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	81
5.1.	Die Bedeutung und Ausgangssituation bei der Staats- und Rechtsordnung als übergeordneter Rahmen für die Gestaltung der Wirtschaftsordnungen	81
5.2.	Die Entwicklung der beiden deutschen Teilstaaten	82
5.2.1.	Staatsform: Bundesstaat oder zentralistischer Einheitsstaat	83
5.2.2.	Kommunale Selbstverwaltung	83

5.2.3.	Rechtsstaat	88
5.2.4.	Gewaltenteilung	91
5.2.5.	Verwaltungsgerichtsbarkeit	92
5.3.	Merkmale der neu geschaffenen Staats- und Rechtsordnung in der SBZ / DDR	96
6.	Die „Europäischen Gemeinschaften“ (EG) und der „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) waren in die Ost-West-Konfrontation eingebettet	110
6.1.	Wirtschaftliche Integration der „Europäischen Gemeinschaften“ (EG)	110
6.2.	Naturalhandel und keine integrierte internationale Wirtschaft im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)	128
II.	Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949: Die SBZ / DDR wird Teil der von der Sowjetunion dominierten Länder und die Westzonen / BRD Teil der von den Vereinigten Staaten geführten Welt	139
1.	Alexander Fischers zwölf Thesen zur Geschichte der SBZ / DDR	139
2.	Deutschland unter alliierter Besatzung nach der Kapitulation am 7./9. Mai 1945 und Aufteilung in vier Besatzungszonen	146
3.	Der „Eiserne Vorhang“ trennt die bi-polare Welt von 1945 bis 1990: Die SBZ / DDR wird Teil der von der Sowjetunion dominierten sozialistischen Länder und die Westzonen / BRD Teil der von den Vereinigten Staaten von Amerika geführten Welt	152
4.	Die Wirtschaftssysteme: Das deutsche Wirtschafts-Chaos (1945-1948) – Diagnose und Therapie Von Walter Eucken	155
5.	Aufwendungen für die Besatzungsmächte, öffentliche Haushalte und Sozialprodukt in den einzelnen Zonen 1946/47	160
6.	Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter in den Westzonen / BRD (1939 bis 1950) und in der SBZ / DDR (1939 bis 1958)	166
6.1.	Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter in den Westzonen / BRD (1939-1950)	166
6.2.	Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter in der SBZ / DDR (1939-1958)	169
7.	Der Schwarzmarkt in den drei Westzonen und in der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands	174

7.1.	Der Schwarzmarkt in den Westzonen	174
7.2.	Der Schwarzmarkt in der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands	179
8.	Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten als Modell	189
8.1.	Die Sowjetunion als Modell: „Der Traum des sozialistischen Überflusses in der Sowjetunion war in den USA Realität“	189
8.2.	Die Vereinigten Staaten als Modell: „Die Erschließung des eigenen Marktes durch planmäßige Aufzucht einer starken Kaufkraft bei den breiten Massen ist das Wirtschaftswunder der amerikanischen Wirtschaft“	202
III.	Die universale Neuordnung der Weltwirtschaft durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika nach 1945 und die Währungsreform vom 20. Juni 1948 in den Westzonen	205
1.	Die universale Neuordnung der Weltwirtschaft durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika nach 1945: Ordnungspolitische Grundlage für die Globalisierung	205
1.1.	Lernen aus der Geschichte: Die Bedeutung historischer Perzeptionen für politische Entscheidungen	207
1.2.	Analyse des Vertrages von Versailles (1919), der Reparationen, der interalliierten Verschuldung und der Weltwirtschaftskrise (1929-1933)	211
1.3.	Die universale Neuordnung der Weltwirtschaft durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika nach 1945: Ordnungspolitische Grundlage für die Globalisierung	216
1.3.1.	Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank)	216
1.3.2.	Der Internationale Währungsfonds (IWF)	217
1.3.3.	Das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)	218
1.4.	Die Truman-Doktrin, der Marshallplan, die Gründung des Europäischen Wirtschaftsraumes und der Europäischen Zahlungsunion	221
1.4.1.	Die Truman-Doktrin vom 12. März 1947: “Jedes Land, das eine kommunistische Bedrohung nachweisen kann, hat Anspruch auf amerikanische Hilfe“	221
1.4.2.	Der Marshallplan vom 5. Juni 1947 (European Recovery Program)	227

1.4.3.	Die Organisation für Europäischen Wirtschaftliche Zusammen- arbeit und Entwicklung (OEEC / OECD).....	231
2.	Die Währungsreform am 20. Juni 1948 in den Westzonen, die Bedeutung der Marshallplanhilfe für den Wiederaufbau und die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die europäische Integration	236
2.1.	Ludwig Erhards ordnungspolitische Konzeption	236
2.2.	Radikale Änderung der Wirtschaftsordnung. Das Gutachten vom 18. April 1948: „Die Währungsreform ist nur sinnvoll, wenn eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Wirtschaftslenkung mit ihr verbunden ist“	243
2.3.	Die Bedeutung der Marshallplanhilfe für den Wiederaufbau (1948-1953)	259
2.4.	Die Entwicklung der westdeutschen Industrie nach der Währungsreform am 20. Juni 1948	262
2.5.	Löhne, Preise und Lebenshaltung: Die Reallöhne waren Mitte 1955 in West-Berlin 40 % höher als in Ost-Berlin	270
2.5.1.	Lohn- und Arbeitsverdienste in West- und Ost-Berlin	275
2.5.2.	Preise und Lebenshaltungskosten in West- und Ost-Berlin	282
2.5.3.	Reallohn und Lebenshaltung in West- und Ost-Berlin	292
IV.	Die von Stalin gesteuerte Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) transformierte die Sowjetische Besatzungszone nach sowjetischem Modell	306
1.	Die wirtschaftliche Ausgangslage in der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands 1945 im Vergleich zu 1936: Beste Ausgangs- lage der vier Besatzungszonen	306
2.	Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD): Transformation von Staat, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft in der SBZ (1945-1949) Von Jan Foitzik	310
3.	Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen Von Rainer Karlsch	322
4.	Die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone und die Kollektivierung in der DDR Von Arnd Bauerkämper	327
4.1.	Die Bodenreform und ihre Folgen	327
4.2.	Der Übergang zur Kollektivierung	329

4.3.	Wirtschaftliche Grenzen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, abweichendes Verhalten und der Abschluss der Kollektivierung	332
4.4.	Die Gigantomanie der agro-industriellen Komplexe	335
5.	Von den Zentralverwaltungen über die Deutsche Wirtschaftskommission zur Staatlichen Plankommission	337
6.	Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ war das Etikett für die Transformation der Wirtschaft der SBZ nach dem sowjetischen Modell	341
7.	Von den privaten Unternehmen (Personen- und Kapitalgesellschaften) zum Volkseigentum: Sequestration durch die SMAD und Konfiskation durch die SED (1945-1948). Abwanderung in den Westen	343
7.1.	Von privaten Unternehmen durch Konfiskation zum Volkseigentum	343
7.2.	Abwanderung von 36.000 Unternehmen aus der SBZ / DDR in den Westen, davon werden dort 9.000 Unternehmen fortgeführt	347
8.	Transformation zum „einheitlichen sozialistischen Finanzsystem“ nach sowjetischem Modell	352
8.1.	Die <i>Banken</i> werden nach der Schließung am 28.4.1945 und der Transformation Kassen- und Abrechnungsapparate im „einheitlichen sozialistischen Finanzsystem“ der DDR	352
8.2.	Von den Emmissions- und Girobanken in den 5 Ländern (19.2.1947) zur Deutschen Notenbank am 20. Juli 1948 und zur Staatsbank 1968	354
8.3.	Der Geldumtausch am 21. Juni und 24. Juli 1948 in der SBZ nach dem Modell des Geldumtauschs im Dezember 1947 in der Sowjetunion	356
8.3.1.	Terminologische Vorbemerkungen	356
8.3.2.	Außenhandels- und Valutamonomopol und reine Binnenwährung in der Sowjetunion nach 1918	357
8.3.3.	Der Geldumtausch in der Sowjetunion im Dezember 1947	358
8.3.4.	Der Geldumtausch am 21. Juni und 24. Juli 1948 in der SBZ	358
8.3.5.	Fazit: Minderwertiges sozialistisches Geld in der Sowjetunion, der SBZ und den Volksdemokratien	365
8.4.	Das SBZ / DDR-Geld bleibt wie die RM eine reine Binnenwährung und wird nicht konvertibel. Leere Schaufenster	366

8.5.	Bilanzkontinuität im Rechnungswesen der Volkseigenen Betriebe nach dem Geldumtausch	373
8.6.	Die Einbeziehung der Finanzwirtschaft der Volkseigenen Betriebe in die Finanzwirtschaft des Staates: „Eine Maßnahme von grundsätzlicher Bedeutung in der Entwicklung des neuen Finanzsystems“	384
8.7.	Der einheitliche Staatshaushalt als umfassender Hauptfinanzplan und sein Verhältnis zur politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	387
9.	Westliches Handelsembargo im Gefolge der Berlin-Blockade behindert Wiederaufbau in Sachsen nach 1945 stärker als sowjetische Demontagen und Reparationen Von Gerd R. Hackenberg	392
10.	Der Bau der Mauer in Berlin am 13. August 1961 Von Gunter Holzweißig	413
11.	Die antagonistische Drei-Klassen-Struktur der DDR-Gesellschaft	416
12.	Das Kadernomenklatursystem und die Rekrutierung des Leitungspersonals in der DDR-Wirtschaft Von Axel Salheiser	427
V.	Die Übertragung von Stalins Industrialisierungsmodell der vorrangigen Produktion von Produktionsmitteln auf die SBZ / DDR führte zur Mangelversorgung und verursachte den Volksaufstand vom 17. Juni 1953	436
1.	Die Übertragung des Modells des Stalinschen „Fünfjahrplans“ (1928-1932/33) auf die SBZ / DDR (ab 1948) führte dort zu hohen Disproportionalitäten (= Ungleichgewichten) und hohen Instabilitäten	436
2.	Stalins Gesetz der vorrangigen Produktion von Produktionsmitteln beim Wiederaufbau der Wirtschaft der SBZ / DDR führte zur Mangelversorgung und zum Volksaufstand am 17. Juni 1953	440
3.	„Die Versorgung der Bevölkerung in der SBZ /DDR lag auch noch 1949 unter dem Existenzminimum“	451
4.	Die II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952. Walter Ulbricht: Beschleunigter Aufbau des Sozialismus in der DDR	455
5.	Nach dem Ausbruch des Koreakrieges am 25. Juli 1950 forciert Stalin den Ausbau der Schwerindustrie (= Rüstungsindustrie) in den Volksdemokratien und in der DDR	460
5.1.	Der forcierte Ausbau der Schwerindustrie in Polen und in der Tschechoslowakei	463

5.2.	Die überstürzte Kapazitätserweiterung der Schwerindustrie im 1. Fünfjahrplan 1951-1955 geht auf Kosten der Konsumgüterindustrien	467
5.3.	Der beschleunigte Aufbau des Sozialismus in der DDR war ein Strategiefehler von Stalin / Ulbricht und führte zum Volksaufstand am 17. Juni 1953	474
5.4.	Die Herrstadt-Dokumente: Das Politbüro der SED und der Volksaufstand am 17. Juni 1953	481
5.5.	Der neue Kurs der SED: Änderungen des 1. Fünfjahrplans (1951-1955)	492
5.6.	Das Fiasko des Neuen Kurses	496
VI.	Das Grundmodell der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der SBZ / DDR (1948-1989).....	501
1.	Die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) und die Staatliche Plankommission (SPK) waren Exekutiv-Organ der sowjetischen Gosplankommission	501
2.	Das Grundmodell der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft Von Gernot Gutmann und Hansjörg F. Buck	504
2.1.	Aufgaben, Organisation und Befugnisse der Wirtschaftsverwaltung	506
2.2.	Die Methodik der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	509
3.	Der VEB-Plan und die Bilanzierung. Die Bilanzierung ist eine Methode mit dem Ziel, ein Gleichgewicht zu erreichen. Im Ergebnis entstehen betriebliche Bilanzen der VEB	513
4.	Die praktische Nichtbeherrschbarkeit des Bilanzsystems als tragendes Gerüst der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	528
5.	W. S. Nemschinow weist wissenschaftlich nach, daß von der Sozialistischen einfachen Reproduktion (= statische Theorie) kein Weg zur Sozialistischen erweiterten Reproduktion (= dynamische Theorie) führt	529
5.1.	Totale Liquidierung von Privateigentum und Marktwirtschaft mit Geldrechnung in der UdSSR	529
5.2.	Die Sozialistische erweiterte Reproduktion: Akkumulation ohne technischen Fortschritt	536

5.3.	Nemtschinow: Von der statischen Theorie der Sozialistischen einfachen Reproduktion führt kein Weg zu einer dynamischen Theorie der Sozialistischen erweiterten Reproduktion	542
VII.	Systemimmanente Dysfunktionen im Spiegel der Berichte der „Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ (SKK) und der Stellungnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)	555
1.	Die Berichte der „Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ (SKK) 559	
1.1.	„Es gibt Fakten, daß die Regierung betrogen wird“ (2. Januar 1953)	555
1.2.	„In der DDR kommt es zu großen Vergeudungen bei der Ausgabe staatlicher Mittel. Besonders unbefriedigend steht es um die Verwendung der Lohnfonds“ (9. Januar 1953)	559
1.3.	Vermerk über die Vorschläge der Genossen Sokolowski, Semjonow und Judin im Zusammenhang mit der in der DDR entstandenen Lage nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953	569
2.	Der Bericht und die Stellungnahmen der Hauptabteilung XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit	573
2.1.	Der Bericht Nr. 170/61 über die Lage auf dem Gebiet der Versorgung vom 23. März 1961	573
2.2.	Die Stellungnahme zum Fünfjahrplan 1981-1985	582
2.3.	Die Stellungnahme zum Fünfjahrplan 1986-1990	606
VIII.	Das Scheitern der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft am technischen Fortschritt und an der Basisinnovation Informationstechnik	613
1.	Innovation und Diffusion in Joseph A. Schumpeters „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ (1912)	613
2.	Der wissenschaftliche Nachweis, dass eine Diffusion von Innovationen in der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft systemimmanent nicht möglich ist	625
3.	Determinanten des Betriebstyps in verschiedenen Wirtschaftsordnungen: Autonomieprinzip (Marktwirtschaft) und Organprinzip (Zentralplanwirtschaft) als Determinanten des Betriebstyps	635
4.	Der empirische Befund: Das Scheitern des technischen Fortschritts in der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	639

4.1.	Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft der Bundesrepublik und der DDR	639
4.1.1.	Die eisenschaffende Industrie in der SBZ / DDR und das Beispiel von EKO Stahl (1951-1999) in der DDR (1951-1990) und Neuaufbau 1990-1999	657
4.1.2.	Die technische Ausrüstung der Werke der eisenschaffenden Industrie in der DDR 1960: Veraltet, geringe Produktivität, störanfällig	665
4.1.3.	Systemimmanente Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft am Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989	670
4.1.4.	Netzwerke, Innovationen und Wirtschaftssysteme am Beispiel des Druckmaschinenbaus im geteilten Deutschland (1945-1990)	682
4.1.5.	Kleinwagen im Innovationsstau. Der PKW-Bau in der DDR, 1955-1990 Von Sönke Friedreich	689
4.1.6.	Die Implantation des VW Motors in den DDR Automobilbau. Ein Beitrag zur Geschichte der Innovationskultur in der DDR Von Peter Kirchberg	699
5.	Das Scheitern der sozialistischen Zentralplanwirtschaft an der Basisinnovation Informationstechnik	709
5.1.	Die Basisinnovation Informationstechnik in marktwirtschaftli- chen Ländern	709
5.2.	Zum Stand der Informationstechnik in der DDR 1986 im Vergleich zur Bundesrepublik	720
5.3.	Die Ursachen für den verhinderten Fortschritt in der Informations- technik in den Volkseigenen Betrieben (VEB)	721
5.3.1.	Betriebswirtschaftliche Planung und Produktlebenszyklen als Basis der Unternehmensplanung in der Marktwirtschaft	722
5.3.2.	Die Ursachen für den verhinderten technischen Fortschritt in den Volkseigenen Betrieben: Die VEB als Exekutiv-Organ der poli- tisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	731
IX.	Ohne ökonomische Aussagekraft: Preise, Löhne, Kosten, Gewinne und Investitionen	737
1.	Das Modell Sowjetunion in der Preispolitik der SBZ / DDR. „Der Sowjetstaat benutzt die Planung der Preise als ein Instrument der sozialistischen Industrialisierung des Landes“ Von Gerhard Thimm	737

1.1.	Das Planpreissystem sowjetischen Typs als Mittel zur Loslösung des Preises von Kosten und Bedarf	738
1.2.	Die Preispolitik in der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft als Instrument zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Ziele	745
1.3.	Die Preispolitik im Rahmen der sowjetischen Wirtschaftspolitik	751
1.4.	Das HO-Preissystem und die Preise für industrielle Verbrauchsgüter im Einzelhandel: „Die Unterstützung des Aufbaus unserer Schwerindustrie ohne das Akziseaufkommen der HO ist nicht mehr denkbar“	754
1.5.	Die bevorzugte Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln (Schwerindustrie) geschieht auf Kosten der elementarsten Bedürfnisse der Bevölkerung	766
1.6.	Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL). Die fehlgeschlagene „Industriepreisreform“ in den Jahren 1964-1967	770
1.7.	Vom nationalsozialistischen Preiskosmos (1936/44) zum sozialistischen Preischao in der SBZ / DDR (1945-1990)	774
2.	Willkürliche <i>Löhne</i>	776
2.1.	Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR	776
2.2.	Von den nationalsozialistischen Leistungslöhnen zur Nivellierung der Einkommen bei der Verbindung der Löhne mit der sozialistischen Zentralplanerfüllung ab 1948	779
2.3.	Leistungsorientierte Lohnpolitik: „Nirgendwo hinterließ die zentrale Kommandowirtschaft ein solches Chaos, wie bei den Lohnfragen“	782
3.	<i>Gewinn</i> : „Dann sollte es der Gewinn sein, nach dem kapitalistischen Modell! Ich habe immer gelacht. Der wird ja gar nicht gemessen, der wird nur als Zahl eingetragen. Das ist das Betrugssystem!“	787
4.	<i>Investitionen</i> : Weder vorher noch nachher konnte bei Investitionen festgestellt werden, ob sie ökonomisch sinnvoll waren	789
X.	Das sozialistische Außenhandels- und Valutamonomopol. Ein Außenhandel ohne Wirtschaftsrechnung	799
1.	Das sozialistische Außenwirtschaftsmonopol	803
2.	Naturaltausch im „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW)	810

3.	Sowjetunion, DDR und RGW in der Ära Gorbatschow 1985-1991 – Die SU subventioniert Honeckers „Sozialpolitik“ allein 1988 mit 3,3 bis 4 Milliarden US \$ Von Leonid I. Zedilin	814
4.	Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel: Die DDR Ende 1989 am Rande der Zahlungsunfähigkeit Von Maria Haendcke-Hoppe-Arndt	849
5.	Export von mehr als 300.000 Uniformen 1984/85 für die ägypti- sche Armee und der Handel der DDR 1988 mit westlichen Industrie- und Entwicklungsländern	875
6.	Sozialistisches Mega-Dumping: Die 190 größten Volkseigenen Kombinate erlösten 1988 für 1 DDR-Mark 0,309 DM. Der Devisenerlös zeigt die Arbeitsproduktivität und die Wett- bewerbsfähigkeit der Kombinate	878
7.	Die Zahlungsbilanz regiert: DDR-Produkte werden im Westen gegen harte Devisen verramscht, verscherbelt. Der Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) unter Schalck-Golod- kowski 1966-1989	895
XI.	Das Ende der Planbarkeit. Krise und Niedergang der Landwirtschaft in der DDR Von Arnd Bauerkämper	903
1.	Der Übergang zur „industriemäßigen Produktion“ in der Land- wirtschaft	903
2.	Die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion und ihre Folgen	906
3.	Zögernde Korrektur in den achtziger Jahren	909
4.	Bilanz	911
XII.	Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplan- zeitraum (1986-1989/90) Von Klaus Krakat	912
1.	Zu den Ausgangsbedingungen	912
2.	Zur Industriepolitik in der Schlußphase der DDR	914
3.	Forschungs- und Technologiepolitik	923
4.	Zusammenfassung: Hauptziele und Fehlschläge der Investitionspolitik	938
XIII.	Die wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der Ver- schwendung der knappen Ressource Energie in der DDR Von Wolfgang Stinglwagner	941

1.	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen der Energieversorgung	942
2.	Schwerpunkte der Energiepolitik der achtziger Jahre	943
3.	Außenwirtschaftliche Unbeweglichkeit	948
4.	Unwirtschaftliche Energieverwendung	954
5.	Ökologische Folgen und Risiken	963
XIV.	In der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR konnte nie das produziert werden, was der Konsument sich wünschte	972
1.	Konsumentensouveränität in der Marktwirtschaft	972
2.	Konsum ohne Produktion: Die unmögliche Idylle des Sozialismus. Kritik am utopischen sozialistischen Gedankengut	975
2.1.	Konsum ohne Produktion: Die unmögliche Idylle des Sozialismus	975
2.2.	Wissenschaftliche Kritik am utopischen sozialistischen Gedankengut	980
3.	Interpersonelle Nutzenvergleiche sind wissenschaftlich nicht möglich	981
4.	Das SED-Politbüro und die administrative Dienstklasse legten autoritär und politisch willkürlich fest, was produziert und damit konsumiert werden sollte	982
5.	Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“: Das sozialistische Füllhorn von Erich Honecker und dem Politbüro	984
6.	Lebensstandard und Versorgungslage Von Gernot Schneider	994
6.1.	Ein Situationsbericht zur Versorgungslage	994
6.2.	Die Ursachen der Versorgungsprobleme	999
6.3.	Die Ausstattung der Haushalte mit technischen Konsumgütern	1009
6.4.	Lösungsvorschläge der SED-Führung: Verzicht auf die subventionierten Verbraucherpreise	1010
6.5.	Die Versorgung der DDR-Bevölkerung mit PKW	1011
7.	Die Aura der westlichen Warenwelt – Intershops in der DDR Von Katrin Böske	1018
8.	Kein Strukturwandel bei den Verbrauchsausgaben der Haushalte in der DDR im Vergleich zu den 1920er und 1930er Jahren: Das Überleben der schmack- und nahrhaften Hausmannskost	1022

9.	In der sozialistischen Mangelgesellschaft existierte für die Politbüroangehörigen in Wandlitz (bei Berlin) ein Paradies für Westwaren	1034
XV.	Der Staatshaushalt der DDR: Zwei Drittel aller Ausgaben für die Staatswirtschaft in den 1980er Jahren hatten stagnativen Subventionscharakter	
	Von Hannsjörg F. Buck	1043
1.	Begriff und Aufgaben des Staatshaushalts im SED-Staat	1043
2.	Haushaltsvolumen und Haushaltsexpansion in den 1980er Jahren	1046
2.1.	Die Einnahmen des Staatshaushalts der DDR	1049
2.2.	Die Ausgaben des Staatshaushalts der DDR	1064
3.	Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR Von Maria Haendcke-Hoppe-Arndt	1085
4.	Das Referenzmodell: Zurückgestaute Inflation in den sozialistischen RGW-Staaten. Der letzte Jahresbericht 1989 der Staatsbank der DDR	1103
4.1.	Zurückgestaute Inflation in den sozialistischen RGW-Staaten	1103
4.2.	Die Haupttendenzen der Entwicklung des Geld- und Kreditvolumens im Spiegel des letzten Jahresberichts 1989 der Staatsbank der DDR	1112
XVI.	Die Hauptursachen für den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten: Extensives Wachstum und Mangelwirtschaft	1115
1.	Das Referenzmodell: Technischer Fortschritt und Automation führen zum Dienstleistungssektor und zum Strukturwandel in der Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland	1115
1.1.	Technischer Fortschritt beim Wiederaufbau der Wirtschaft der Bundesrepublik: Substitution des Produktionsfaktors Arbeit durch Kapital 1950-1960	1117
1.2.	Automation	1118
1.3.	Dienstleistungen in der Entwicklung der Wirtschaftsstruktur	1130
2.	Die Ursachen des extensiven Wachstums in sozialistischen Zentralplanwirtschaften: Die Nichtplanbarkeit des technischen Fortschritts führt zu hoher Innovationsschwäche. Der zentralbilanzierte Plan war starr und besaß keine Flexibilität für Innovationen	1132

2.1.	Hat es eine Innovationskultur in der DDR überhaupt gegeben, geben können? Von Reinhard Buthmann	1136
2.2.	West-Ost-Technologietransfer und das Ringen um wissenschaftlich-technischen Höchststand im Bereich Elektronik und Computertechnik Von Frank Dittmann	1148
2.3.	Extensives Wachstum: „Noch 1989 befand sich die Volkswirtschaft der DDR bei der Ausschöpfung der Strukturpotentiale der wissenschaftlich-technischen Revolution erst am Anfang“	1174
2.4.	Die Ursachen des extensiven Wachstums: Die Nichtplanbarkeit des technischen Fortschritts führt zu hoher Innovationschwäche. Der zentralbilanzierte Plan war starr und besaß keine Flexibilität für Innovationen	1187
2.5.	Extensiver Primärenergieverbrauch, d. h. kein ressourcensparendes Wachstum in den sozialistischen Ländern	1199
3.	Die Ursachen der Mangelwirtschaft: In der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft konnte der Konsument nie seine individuelle Präferenzstruktur realisieren	1208
4.	Der Kalte Krieg und der Zusammenbruch der UdSSR Von Paul R. Gregory	1222
5.	Stalins Erben und der ökonomische Untergang des SED-Staates	1234
XVII.	Die Ideologie des Marxismus-Leninismus-Stalinismus als Utopie. Das Scheitern an der wissenschaftlich-technischen Revolution und an der Basisinnovation Kommunikationstechnik führt zum Erstarren in den Strukturen der Schwerindustrie in der Vor-Computer Zeit (1865-1956)	1237
1.	Die dogmatisch erstarrte Ideologie des Marxismus-Leninismus-Stalinismus im totalitären SED-Staat	1237
1.1.	Die Erstarrung der in einem Dogmensystem kodifizierten Ideologie von K. Marx, F. Engels, W. I. Lenin und J. W. Stalin (= Marxismus-Leninismus-Stalinismus) Von Klaus Hornung	1237
1.2.	Kollektivismus: Das Individuum hat gegenüber dem Gewaltmonopol der sozialistischen Nomenklatura keine Rechte, sondern nur Pflichten Von Manfred Spieker	1243

1.3.	Marxistisches Menschenbild: Die Utopie des Neuen Menschen im realen Sozialismus Von Michael Beintker	1247
1.4.	Sozialistische Moral und Ethik: Radikaler Bruch mit der christlichen und philosophischen Tradition in Deutschland Von Reinhard Turre	1252
1.5.	Der Neue Mensch, die sozialistische Persönlichkeit? Das süße Leben der ausbeuterischen und privilegierten SED-Nomenklatura im Kommunismus (Wandlitz)	1255
2.	Die Utopien beim XXII. Parteitag der KPdSU (1961)	1279
3.	Ist der ideologische Überbau des Marxismus-Leninismus-Stalinismus mit der wissenschaftlich-technischen Revolution kompatibel?	1305
3.1.	Der ideologische Überbau des Marxismus-Leninismus-Stalinismus	1305
3.2.	Die wissenschaftlich-technische Revolution im Wettbewerb zwischen der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft (= Sozialismus) und der Marktwirtschaft (= Kapitalismus) Von Clemens Burrichter, Eckart Förtsch, Hans-Joachim Müller	1308
3.3.	Das Parteiprogramm der Honecker-Ära war tief verankert im dogmatisch erstarrten Marxismus-Leninismus-Stalinismus und zielte vorwiegend auf die Sicherung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse Von Fred Oldenburg	1327
3.4.	Der Richta-Report (1968): Mit Stalins Industrialisierungsmodell ist kein evolutionärer Übergang zur wissenschaftlich-technischen Revolution möglich. Damit war der Zusammenbruch aller sozialistischen Länder 1989/91 determiniert	1334
XVIII.	Funktionsmechanismus und Regeln in der Marktwirtschaft. Politische Willkür als Regel in der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	1367
1.	Funktionsmechanismus und Regeln in der Marktwirtschaft Von Helmut Leipold	1367
2.	Zur Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Sanktionssysteme: Auslese durch Sanierung und Insolvenzen	1371
3.	Die sozialistische Zentralplanwirtschaft im realen Sozialismus wurde politisch natural gesteuert und war eine Wirtschaft ohne Theorie und Regeln	1379

4.	Politische Willkür (Voluntarismus, Subjektivismus) als Regel in der politisch naturalen Steuerung der sozialistischen Zentral- planwirtschaft	1381
5.	Die Grenzen der Kontrolle. Das statistische Informationssystem und das Versagen zentralistischer Planwirtschaft in der DDR Von Markus Güttler	1392
5.1.	Die Rolle der staatlichen Statistik in der DDR	1393
5.2.	Das statistische Informationssystem der DDR. Aufbau, Funktionsweise und Aufgaben	1395
5.3.	Das statistische Informationssystem und das Scheitern der Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung in der DDR	1399
XIX.	Bilanz der sozialistischen wirtschaftsordnungspolitischen Experimente. Geldwirtschaft und Naturalwirtschaft. Evolutionäre Universalien	1409
1.	Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der DDR bis 1989 Von Udo Ludwig	1409
2.	Versuch der Einordnung in größere Zusammenhänge der sozialistischen wirtschaftsordnungspolitischen Experimente Von David S. Landes und Peter Jay	1449
3.	Evolution versus Konstruktivismus	1457
4.	Markt und Geld: Nur der Gewinn gibt Orientierung beim wirt- schaftlichen Handeln. Die politisch natural gesteuerte sozialistische Zentralplanwirtschaft ist orientierungslos	1462
4.1.	Eine Basisinnovation: Die Erfindung des Münzgeldes um 550 v. Chr.	1462
4.2.	Markt und Geld in der langen Evolution: Nur der Gewinn gibt Orientierung beim wirtschaftlichen Handeln	1464
4.3.	Radikaler Bruch in der langen Evolution: Im Gefolge der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917“ wurden auf der Basis von Marx und unter Führung von Lenin und Stalin Marktwirtschaft und Geld liquidiert. Damit war der Zusammenbruch der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder 1989/91 determiniert	1480
4.3.1.	Radikaler Bruch 2500 Jahre nach der Basisinnovation Münzgeld verliert Geld im Gefolge der „Großen Sozialistischen Oktober- revolution von 1917“ seine Funktion als Wertmesser (Rechen- einheit)	1481
4.3.2.	M. S. Gorbatschow beim XXVII. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1986: „Eine radikale Reform tut not.“	1482

4.3.3.	Wissenschaft und Technologie in der Sowjetunion	1505
4.3.4.	Nur Anpassung sichert das Überleben in der Evolution	1512
4.4.	Evolutionäre Universalien: Demokratie, Marktwirtschaft mit Privateigentum und konvertiblem Geld führen zu Wohlstand	1514
4.4.1.	Warum freiheitlich rechtsstaatliche Demokratien noch nie einen Krieg gegeneinander führten Von Spencer R. Weart	1524
4.4.2.	Das Privateigentum vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1945	1528
5.	Der unaufhaltbare zunehmend rapide Verfall der Wettbewerbs- fähigkeit aller DDR-Kombinate 1980 bis 1989	1532
5.1.	Die Beschleunigung des rapiden Verfalls des Sachanlagever- mögens 1980 bis 1989	1533
5.2.	Die Verschleißquote der Ausrüstungen der DDR-Kombinate zwischen 1980/89 ist nur vergleichbar mit dem Substanzverzehr in der Weltwirtschaftskrise (1929/33) und den Kriegsschäden und Demontagen bis zur Währungsreform in den Westzonen (1944/48)	1547
5.3.	Der Zusammenbruch der sozialistischen Länder des Ostblocks 1989/91 hatte auf die Weltwirtschaft nicht so große Rückwir- kungen wie die Weltwirtschaftskrise 1929/33	1555
6.	Evolutionäre Übergänge waren im demokratischen Zentralis- mus des realen Sozialismus ausgeschlossen	1563
6.1.	Marktwirtschaften: Evolutionärer Übergang von den Hierar- chien der Unternehmen zu Netzwerken der Unternehmen in den Informationsgesellschaften bei der Globalisierung	1563
6.2.	Der Organisationsgrundsatz des demokratischen Zentralismus war erstmals 1847 auf Initiative von Karl Marx und Friedrich Engels im Statut des Bundes der Kommunisten verankert worden und blieb es bis zum Zusammenbruch des realen Sozialismus 1989/91	1566
6.3.	Effizienzkriterien bei den evolutionären Übergängen am Bei- spiel des Superorganismus von Ameisen, Wespen und Termiten	1567
	Schlußbemerkungen zur Sowjetunion und zur DDR	1574
	Fazit: Demokratie mit Marktwirtschaft, Privateigentum und konvertiblem Geld als universelle Werte	1641

ZWEITER TEIL

I. Die Neustrukturierung der globalen Einflußsphären nach 1945. Gründung der beiden deutschen Teilstaaten 1949 – Integration der Bundesrepublik in die „Europäischen Gemeinschaften“ (EG). Die DDR wird Teil des „Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW)

1. Staatsordnung und Wirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion als Führungsmächte in der bipolaren Welt nach 1945

Staatsordnung, Rechtssystem und Wirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion sollen kurz skizziert werden, um die fundamentalen Unterschiede der beiden Führungsmächte sichtbar zu machen.

Vereinigte Staaten von Amerika:

Beeinflußt vom Gedankengut der europäischen Aufklärung erklärten die Kolonien schließlich am 04.07.1776 ihre Unabhängigkeit.

Entstehung der Verfassung: Die Idee des Verfassungsstaates, der durch geschriebenes, von der Souveränität des Volkes getragenes Grundgesetz konstituiert wird, und in dem alle Staatsgewalt nur nach Maßgabe und in den Grenzen der Verfassung ausgeübt werden darf, ist erstmals in Amerika verwirklicht worden.

Struktur der Bundesverfassung:

Föderalismus. Ziel der Amerikaner war die Entwicklung einer Bundesform, die einerseits die Gliederstaaten nicht entmachtete, andererseits eine genügend starke Zentralgewalt für alle Aufgaben sicherte, die von den einzelnen Staaten nicht effektiv wahrgenommen werden konnten.

Demokratie: In den USA hat die repräsentative Demokratie auf allen Ebenen von Beginn an als die einzig legitime Regierungsform gegolten. Ihre Kennzeichen sind die Volkssouveränität und die Ausübung der Staatsgewalt durch auf Zeit gewählte Vertreter des Volkes. Der Kongreß als Legislativ- und der Präsident als Exekutivorgan des Bundes gehen aus periodischen Volkswahlen hervor, die dem Modell des relativen Mehrheitswahlsystems folgen. Sie sind insofern dem Volk gegenüber periodisch politisch verantwortlich. Die Richter nehmen aus rechtsstaatlichen Gründen einen Sonderstatus ein.

Rechtsstaatlichkeit. Der Gedanke, daß das Recht herrschen müsse, nicht der Mensch, ist in den USA tief verwurzelt. Der Vorrang des Rechts vor politischer Macht und persönlicher Willkür wird auf vielfältige Weise zu gewährleisten, die Staatsgewalt sorgsam zu umgrenzen (*limited government*) versucht.

Institutionelle Vorkehrungen gegen Machtmißbrauch schafft neben Föderalismus v. a. ein ausgeklügeltes System der *horizontalen Gewaltenteilung* im Bund wie

in Mitgliedsstaaten: Gesetzgebung, Vollziehung und Gerichtsbarkeit werden verschiedenen Organen zugeordnet, die sich gegenseitig kontrollieren und ausbalancieren (*checks and balances*). Vollziehende Gewalt und Rechtsprechung sind an die Gesetze gebunden. Die Exekutive bedarf zu Eingriffen in Leben, Freiheit und Eigentum einer gesetzlichen Grundlage.

Die *Richter* sind unabhängige Wächter über die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der Amtsführung der anderen Organe. Auf Bundesebene und in vielen Gliedstaaten werden sie zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit auf Lebenszeit ernannt und können nur wegen schwerer Straftaten amtsenthoben werden (*impeachment*). Die Bundesrichter werden vom Präsidenten nominiert und vom Senat bestätigt. Einige Staaten kennen eine Richterwahl auf Zeit.

Judikative. Bund wie Gliedstaaten besitzen eine voll ausgebaute mehrstufige Gerichtsbarkeit, wobei die Rechtsprechungskompetenz bei den Gliedstaaten liegt. Wenn die Bundesverfassung nicht ausnahmsweise die *Bundesgerichte* für zuständig erklärt.

Die *Rechtsordnung* besteht aus dem Bundesrecht, dem Recht des District of Columbia (mit der Hst. Washington), den Rechtsordnungen der 50 Gliedstaaten sowie denen der „territories“ (z. B. Puerto Rico). Die Verteilung der Rechtssetzungskompetenzen durch die Bundesverfassung bewirkt, daß die Kernmaterien des Rechts (Zivil-, Handels-, Gesellschafts-, Straf- und Prozeßrecht) weitgehend gliedstaatlich geregelt sind. Da die Gliedstaaten in sehr enger Verbindung zueinander stehen, kommt es häufig zu grenzüberschreitenden Sachverhalten, bei denen das Kollisionsrecht festlegt, nach welcher gliedstaatlichen Rechtsordnung ein Streitfall zu entscheiden ist.¹

Wirtschaftsordnung: Der Staat, insbesondere die Bundesregierung, soll sich jedes Eingriffs in die Wirtschaft enthalten, wenn es nicht im Interesse der Wohlfahrt oder der Sicherheit des Landes dringend erforderlich ist.

Eigentum: Privateigentum an den Produktionsmitteln und auf dem Leistungsprinzip beruhende Lohnarbeit.²

Sowjetunion

Verfassungsform und Verfassungswirklichkeit:

„Nach den ideologischen Vorgaben sollte in der 1922/24 gegründeten und Ende 1991 untergegangenen Sowjetunion ein sozialistisches und dann kommunistisches Gemeinwesen errichtet werden, in dem Staat und Recht absterben sollten. Die tatsächliche Entwicklung ist anders verlaufen. Das Recht starb zwar nicht ab, ihm wurde aber in Anbetracht des Vorrangs politischer Zweckmäßigkeitserwägungen nur eine sekundäre Rolle beigemessen. Seine abgeschwächte Normativität wurde im Konzept der ‚sozialistischen Gesetzlichkeit‘ auf den Begriff gebracht, das die

¹ Steinberger, Helmut / Giegerich, Thomas: Vereinigte Staaten von Amerika III. Verfassung und Recht, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., 6. Bd., 1995, S. 377 ff. Fraenkel, E.: Das amerikanische Regierungssystem, Köln 1960

² Woytinsky, Wladimir S. / Woytinsky, Emma S.: Vereinigte Staaten von Amerika, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 29, 60.

antithetischen Elemente der Bindungswirkung der Rechtsnormen und der Parteilichkeit ihrer Anwendung zugleich propagiert“.³

„Die äußere Form des Sowjetstaates hat sich seit der 1. Verfassung der RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) von 1918, die zum Vorbild aller späteren Sowjetverfassungen, darunter der ersten Verfassung der UdSSR von 1923 (bzw. 1924) und der geltenden Unionsverfassung von 1936 geworden ist, nur geringfügig gewandelt.

Die *formelle Rechtsverfassung* der SU wird durch das *Rätesystem* bestimmt, das massendemokratische und national-föderale Züge aufweist.

Den ideologischen Ausgangspunkt der Sowjetdemokratie bildet die soziologische Unterstellung des Arbeiter- und Bauernstaates (Art. 1 Unionsverfassung von 1936). Durch den Wandel in der sozialen Struktur der Sowjetunion ist der soziologischen Rechtfertigung der ‚Diktatur des Proletariats‘ als der unmittelbaren Herrschaft der Volksmassen der Boden entzogen worden. Infolge des sozialen Umschichtungsprozesses, der maßgeblich durch die planökonomische ‚Revolution von oben‘ bewirkt wurde, ist die als ‚Zwischenschicht‘ bezeichnete ‚neue Intelligenz‘ zur führenden sozialen Klasse aufgestiegen. Die proletarische ‚Übergangsdiktatur‘ hat sich zur stationären Diktatur der Funktionäre („Apparatschiki“) gewandelt. Die bolschewistische Partei, deren Satzung das Kernstück der *materiellen Rechtsverfassung* der Sowjetunion bildet, ist in immer stärkerem Maße zur Partei der Funktionärsklasse geworden. [...]

Partei und Staatspolizei sind als die beiden Hauptträger des diktatorischen Regimes anzusehen. Sowjetwehrmacht, Sowjetexekutive und Wirtschaftsverwaltung weisen ein geringeres politisches Gewicht auf. Erst recht gilt dies für die Sowjetlegislative, die Sowjetgewerkschaften und sonstige Massenorganisationen“.⁴

Staatsaufbau und Staatswillensbildung. „Die Partei: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU), die bis zum 19. Parteikongreß im Oktober 1952 in Klammern den Zusatz ‚Bolschewisten‘ trug, ist aus der 1898 begründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) hervorgegangen. Auf ihrem zweiten Kongreß, 1903 in Brüssel und London, spaltete sich die Partei in zwei Richtungen: die radikalen *Bolschewisten* („Mehrheitler“) und die gemäßigteren *Mensschewisten* („Minderheitler“. Auf dem 7. Parteikongreß (1918) wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewisten) in Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewisten) umbenannt, aus der auf dem 14. Parteikongreß (1925) die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewisten) hervorging. Die Satzung der KPdSU(B) von 1925 ist 1934, 1939 und 1952 geändert und neu gefaßt worden. Gemäß Art. 126 der Unionsverfassung bildet die KPdSU den lenkenden *Kern* sowohl *des Staates* als auch sämtlicher gesellschaftlicher Organisationen. In der Verfassungswirklichkeit kommt der Partei trotz ihres Vorranges gegenüber den

³ Brunner, Georg: Sowjetunion. III. Verfassung, Recht, Verwaltung, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., 6. Bd., 1995, S. 317.

⁴ Meissner, Boris: Sowjetunion (II) Verfassung (1) Politische Verfassung, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 321 ff.

anderen Institutionen nicht das alleinige Machtmonopol zu. Träger der letzten Entscheidungsgewalt und damit der Souveränität im Staate ist nicht die Gesamtpartei, sondern die Spitze ihrer Exekutivorgane, die sich als autokratische Staatsführung institutionalisiert und ihre Schlüsselstellung, die auf der Kontrolle mehrerer gleichwertiger Machtquellen beruht, durch ein Gleichgewicht der Kräfte gesichert hat.

Bei der *Parteikontrolle* ist die 1934 aus der Zentralen Kontroll-Kommission (ZKK) hervorgegangene Kommission für Parteikontrolle in ein Komitee für Parteikontrolle (KPK) umgewandelt und mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet worden. Die Zentrale Revisions-Kommission (ZRK) hat ihre bisherige Stellung beibehalten.

Die *Sowjetlegislative*, die mit ihren umfangreichen Vertretungskörperschaften das äußere Bild des Sowjetstaates bestimmt, besitzt dekorativen Charakter. Die *Sowjetexekutive*, die den Staatsapparat im engeren Sinn bildet, erfüllt dagegen im Mechanismus der stationären Diktatur teilweise sehr wesentliche Funktionen. Wenn die Sowjets auch durch die Partei gelenkt und kontrolliert werden, so hat doch die Bedeutung der Sowjetexekutive im Verhältnis zur Parteiexekutive in der Nachkriegszeit allgemein zugenommen.

Da die Unionsverfassung auf dem Prinzip der Gewaltenvereinigung beruht, ist nicht nur die Legislative, sondern auch die Justiz, an deren Spitze der *Oberste Gerichtshof der UdSSR* steht, weitgehend der Sowjetexekutive untergeordnet. Die *Rechtssprechung* ist nicht nur von den Weisungen des Justizministeriums abhängig, sondern untersteht auch der unmittelbaren Kontrolle durch die Staatsanwaltschaft. Der *Generalstaatsanwalt der UdSSR*, der auf 7 Jahre ernannt wird, übt als Hüter der ‚sozialistischen Gesetzlichkeit‘ die Aufsicht über die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen in erster Linie unter den Gesichtspunkten der politischen Zweckmäßigkeit und nicht nur der Gesetzmäßigkeit aus. Eine Verwaltungsgerechtigkeitsbarkeit ist der SU unbekannt, dafür wird die *Strafgerichtsbarkeit* in weitgehendem Maß durch die Staatspolizei *auf dem Verwaltungswege* ausgeübt. Der Polizei und nicht der Justiz untersteht seit 1934 das Gefängniswesen (einschließlich der Zwangsarbeitslager) und damit der gesamte *Strafvollzug*.

Recht und Gerichtsverfassung. Die Gesetzgebung der Sowjetregierung behandelte naturgemäß zunächst nur Einzelfragen: ihre Kodifizierung erfolgte zuerst am 17.10.1918 für das *Familienrecht* und am 28. 11. desselben Jahres für das *Arbeitsrecht*: am 12.12.1919 wurden ‚*Allgemeine Grundsätze des Strafrechts*‘ (entsprechend dem Allgemeinen Teil eines Strafgesetzbuches – über die Zweckmäßigkeit eines Besonderen Teils gab es damals noch Meinungsverschiedenheiten unter den Sowjetjuristen) veröffentlicht.

Bei Gelegenheit der Abfassung des *Bürgerlichen Gesetzbuches* betonte Lenin, daß es ‚in ökonomischen Dingen nur öffentliches, kein Privatrecht geben kann‘.

Gerichtsverfassung: Es gibt ein einheitliches Gerichtssystem, das für alle Zivil- und Strafrechtsfälle kompetent ist, obzwar nur im *Volksgesichtshof* (dem Gericht der ersten Instanz) der Richter mit seinen Beisitzern alle Fälle behandelt.

Strafrecht: Die Kodifikationen des Sowjetstrafrechts waren beherrscht von der Kombination einer sehr milden Behandlung des gewöhnlichen Rechtsbrechers (dessen Vergehen als ein Produkt der früheren Gesellschaftsordnung und dessen

Umerziehung als eine relativ leichte Aufgabe angesehen wurde) mit (durch das Bestehen einer *Sondergerichtsbarkeit* noch verschärfter) äußerster Härte gegen den Feind des Regimes oder den seine Amtsgewalt mißbrauchenden Beamten“.⁵

„Das *politische System* verwandelte sich unter *Gorbatschow* aus einer totalitären Einparteidiktatur zu einem autoritären System mit zunehmenden politischen Pluralismus und diffusen Strukturen. Der Übergang zu einer funktionsfähigen Demokratie wurde wegen der Rückständigkeit der politischen Kultur, des Widerstandes der reaktionären Kräfte, der Unentschlossenheit Gorbatschows und der unbewältigten Nationalitätenprobleme des Vielvölkerstaates nicht vollzogen“.⁶

2. Das von der Sowjetunion geführte sozialistische Lager

2.1. Stalins aggressive Strategie der dritten Etappe der sowjetischen Expansion

Die Strategie der Ausspielung der „imperialistischen Gegensätze durch die Außenpolitik erreichte ihren Höhepunkt in der Schließung des Nichtangriffspakts mit Hitler am 23. August 1939. Mit diesem Pakt glaubte Stalin, zwei für die damalige Zeit wichtige Ziele seiner Politik verwirklichen zu können: a) grünes Licht für die Aggression der deutschen Wehrmacht im Westen zu geben und so die ‚imperialistischen Mächte‘ – Frankreich, England und Deutschland – an der Westfront ausbluten zu lassen und b) als Entgelt für die sowjetische Nichteinmischung in den Krieg die Billigung der Erweiterung der sowjetischen Herrschaft auf Moldawien (Bessarabien), Ostpolen, Litauen, Lettland, Estland von Hitler zu erhalten. 1940 konnte Stalin diese Länder einverleiben. Nur die Eroberung von Finnland erlitt ein schmachvolles Fiasko. Das kleine finnische Volk wies die sowjetische Aggression heroisch zurück.

Der Hitler-Stalin-Pakt markierte den Übergang der sowjetischen Politik zu der zweiten, diesmal großangelegten sowjetischen Expansion in Osteuropa. Somit wurden Keime in den künftigen Zusammenbruch des sowjetischen Systems und des militanten Sozialismus gelegt. Die Zeitbombe begann für die Sowjetunion zu ticken.

Dieser Pakt verdeutlichte auch eine enge Verflechtung der messianischen kommunistischen Ziele der sowjetischen Außenpolitik mit den hegemonialen Großmachtambitionen der führenden Elite der Sowjetunion. Man konnte kaum unterscheiden, wo die ‚klassenmäßigen‘ Ziele Moskaus endeten und wo seine nationalen Interessen begannen. Die Parole lautete: was der Sowjetunion zugutekommt, ist auch für die kommunistische Weltbewegung vorteilhaft. Moskau verwandelte sich zum Hüter und Förderer der kommunistischen Parteien in westlichen Ländern und betrachtete sich als Basis für die Ausweitung des kommunistischen Systems.

⁵ Schlessinger, Rudolf: Ebd., S. 324-328.

⁶ Brunner, Georg: Sowjetunion III, S. 317.

Die Einverleibung der Länder Osteuropas, die gemäß dem Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt der Sowjetunion abzutreten waren, sah in den Augen des Westens als nichts anderes aus als die Erweiterung der Herrschaftssphäre Moskaus. Das barg in sich eine Herausforderung an andere Großmächte und Weltmächte und die Gefahr einer zukünftigen Konfrontation mit ihnen“.⁷

Die dritte Etappe der aggressiven sowjetischen Expansion begann 1945 nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. „Sie erstreckte sich nicht nur auf Europa, sondern auch auf andere Regionen der Welt. In den Jahren 1945-1948 erzwang die sowjetische Führung die Herrschaft in Mittel- und Osteuropa: in Polen, Ostdeutschland, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Albanien und Bulgarien.

Bezeichnend für die europäische Geschichte nach 1945 war die Sowjetisierung des östlichen Teils und die Atlantisierung (Amerikanisierung) des westlichen Teils Europas sowie die Entstehung und die Vertiefung der Unvereinbarkeit ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Im Westen herrschten die bürgerliche Demokratie und eine freie, sozial orientierte Marktwirtschaft, im Osten die kommunistischen totalitären Regime und die Staatsplanwirtschaft.

Die Konfrontation mit den weit überlegenen Kräften des Westens, die Aufrüstung, die Notwendigkeit, die sowjetische Herrschaftssphäre in Osteuropa politisch, militärisch, wirtschaftlich und propagandistisch abzusichern – all das, vermehrt durch das ineffiziente, inflexible sowjetische Wirtschaftssystem, hat der Sowjetunion eine unerträgliche politische und wirtschaftliche Last aufgebürdet und von der Lösung wichtigerer Aufgaben der Innenpolitik abgelenkt.

Die Politik der sowjetischen Führung gegenüber den Ländern Osteuropas hat sich im Laufe der Zeit modifiziert. Das Anfangsstadium der Errichtung der kommunistischen Regime in dieser Region von 1945 bis 1948 (der sogenannten Volksdemokratien) war durch gewaltsame Methoden, durch die Übertragung der stalinistischen Repressalien und Säuberungen auf dem Boden der ostmitteleuropäischen Länder, die Umstürze der bürgerlichen Regierung und die Durchdringung der Staatsapparate dieser Länder mit moskautreuen Kadern, besonders in Verteidigungs- und Innenministerien, in Massenmedien und im Finanzwesen gekennzeichnet“.⁸

Zur Frage des Zerfalls des einheitlichen Weltmarktes und der Vertiefung der Krise des kapitalistischen Weltsystems führte Stalin 1952 aus:

„Als wichtigstes ökonomisches Ergebnis des zweiten Weltkrieges und seiner wirtschaftlichen Folgen muß der Zerfall des einheitlichen, allumfassenden Weltmarktes betrachtet werden. Dieser Umstand bedingt die weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems.

Der zweite Weltkrieg selbst ist durch diese Krise hervorgebracht worden. Jede der zwei kapitalistischen Koalitionen, die sich während des Krieges ineinander verbißen hatten, rechnete darauf, den Gegner zu schlagen und die Weltherrschaft zu

⁷ Daschitschew, Wjatscheslaw: Moskaus Griff nach der Weltmacht. Die bitteren Früchte hegemonialer Politik, Hamburg / Berlin / Bonn 2002, S. 42 f.

⁸ Ebd., S. 42.

erlangen. Darin suchten sie den Ausweg aus der Krise. Die Vereinigten Staaten von Amerika rechneten darauf, ihre gefährlichsten Konkurrenten, Deutschland und Japan, auszuschalten, die ausländischen Märkte sowie die Weltrohstoffressourcen an sich zu reißen und die Weltherrschaft zu erlangen.

Der Krieg hat diese Hoffnung jedoch nicht erfüllt. Zwar wurden Deutschland und Japan als Konkurrenten der drei wichtigsten kapitalistischen Länder, der USA, Englands, Frankreichs, ausgeschaltet. Aber zugleich fielen China und in Europa die anderen volksdemokratischen Länder vom kapitalistischen System ab und bildeten zusammen mit der Sowjetunion das einheitliche und mächtige sozialistische Lager, das dem Lager des Kapitalismus gegenübersteht. Das ökonomische Ergebnis der Existenz der zwei gegensätzlichen Lager ist, daß der einheitliche, allumfassende Weltmarkt zerfallen ist und wir infolgedessen jetzt zwei parallele Weltmärkte haben, die ebenfalls einander gegenüberstehen“.⁹

„Bis zum Tode Stalins 1953 wurden die Beziehungen der Sowjetunion zu den ostmitteleuropäischen Ländern nach den Parteiprinzipien des ‚demokratischen Zentralismus‘ unter dem Deckmantel des ‚proletarischen Internationalismus‘ gestaltet. In Wirklichkeit bedeutete dies die vollständige Unterwerfung dieser Länder unter den Willen Moskaus (mit Ausnahme von Titos Jugoslawien und später Albaniens von Enver Hodsha).

Unter Chruschtschow (1953-1964) kam es zu vagen Versuchen einer allmählichen Liberalisierung dieser Beziehungen. Dieser Prozeß wurde nach dem Aufstand in Budapest 1956 unterbrochen. In der Breschnew-Ära (1965-1982) kam es zu einer neuen Verhärtung der sowjetischen Politik gegenüber den ostmitteleuropäischen Ländern. Der Warschauer Vertrag und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wurden von Moskau bis in die Ära von Gorbatschow zentralistisch gelenkt.

Das Streben der oppositionellen politischen Kreise und der breiten Schichten der Bevölkerung ostmitteleuropäischer Länder, sich von der sowjetischen Bevormundung und von der sowjetischen Dominanz zu befreien, wurde brutal niedergeschlagen (der Aufstand der Berliner Arbeiter am 17. Juni 1953, die Ungarische Revolution 1956, der Prager Frühling 1968).

Die Herrschaft der Sowjetunion und ihr Sendungsbewußtsein stießen auf wachsenden Widerstand und die Eigenwilligkeit der regierenden Kreise der sozialistischen Länder, vor allem Jugoslawien, Albanien, Polen, Rumänien, Nordkorea sowie China. Die Gegensätze zwischen der sowjetischen und der chinesischen Führung gipfelte 1961 in einem offenen militärischen Konflikt.

Die hegemonialen Ansprüche des Kremls, die in der während des Prager Frühlings verkündeten ‚Breschnew-Doktrin‘ der ‚eingeschränkten Souveränität‘ ihren Niederschlag fanden, erlaubten nicht, harmonische, partnerschaftliche Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern zu gestalten. Sie versperrten den Weg zur Reformation der politischen und wirtschaftlichen Systeme der Länder Ostmitteleuropas.

⁹ Stalin, J.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin (-Ost) 1952, S. 31.